



Niederschrift

56. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Oktober 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 18 der Tagesordnung: Hebammen in Familienzentren - Beratung und Vernetzung ermöglichen

Gemeinsamer Antrag: SPD, GRÜNE, KULT, FDP; Die Linke, FW, FÜR Karlsruhe
Vorlage: 2018/0572

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ich spreche nicht unbedingt für die Antragsteller, weil ein paar Antragsteller eventuell auch noch etwas sagen wollen. Ist es in Ordnung, wenn ich jetzt rede?

Der Vorsitzende: Es müssten sich die antragstellenden Fraktionen einigen, wer für die Antragssteller spricht.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Es hat sich etwas verändert.

Der Vorsitzende: Was hat sich jetzt verändert?

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Alles klar, ich darf reden. Noch vor circa zehn Jahren hat man es als sicher angenommen, und es war selbstverständlich, dass werdende Eltern vor und nach der Geburt eine Hebamme hatten, die sie rund um die Uhr begleitet und nicht nur die vielleicht zehn oder zwanzig Stunden im Kreißsaal verbringt. Es war selbstverständlich, dass Frauen und auch immer mehr Männer auf den Verlauf der Schwangerschaft, richtige Ernährung und Entspannungsübungen, auf die Entbindung und Atemtechniken vorbereitet wurden. Es war auch ganz normal, dass eine Hebamme nach der Geburt einige Wo-

chen nach Hause kam, beim Stillen half und bei den ersten Unsicherheiten unterstützte. Viele Familien sagen im Nachhinein, ohne meine Hebamme wären wir verzweifelt gewesen, wenn der Säugling lange schrie und man nicht weiß, warum und so weiter. Was wir jetzt schleichend erleben, ist ein Einschnitt, ein Rückschritt im Bereich der frühen Hilfen, nämlich dass ein Teil der Frauen keine Hilfe mehr durch Hebammen erhält. Vor allem weniger Informierte und neu nach Karlsruhe Zugezogene sind betroffen, obwohl man heute noch besser weiß, wie stark sich das Verhalten und Befinden der Mutter, letztlich der Eltern, schon in der Schwangerschaft auf das Kind auswirkt. Ist zum Beispiel der Stresshormonspiegel der Mutter besonders in den letzten Wochen der Schwangerschaft dauerhaft erhöht, sieht dies der Fötus als normal an, und die Regulatoren im Gehirn werden falsch eingestellt, dies kann zu Erkrankungen wie Depressionen führen. Ohne einen Vorbereitungskurs sind viele Väter kaum in der Lage, während der Geburt ihrer Frau zu helfen, obwohl es wichtig wäre und einen guten Beginn für die junge Familie darstellt.

Wir wissen, dass wir als Stadt die mangelnde Versorgung durch Hebammen nur lindern aber nicht beheben können, da ist die Landes- und Bundespolitik dringend gefragt. Die zusätzliche halbe Stelle für eine Familienhebamme, die wir hier vor Kurzem beschlossen haben, ist allerdings ausschließlich für besondere Notfälle gedacht, zum Beispiel für minderjährige Frauen. Wir halten die Idee für sinnvoll und machbar, dass wir zumindest ange-dockt an die Familienzentren vier Hebammensprechstunden pro Woche anbieten. Dies hätte auch den Vorteil, dass die Familienzentren aufgewertet und noch bekannter werden. Hier können dann immerhin dringende Fragen vor und nach der Geburt geklärt werden. Manchmal genügt dann auch die Weitervermittlung oder ein ruhiges Kurzgespräch. Wir stimmen der Verwaltung zu, dass Beratungsfunktionen möglichst von den Krankenkassen übernommen werden sollten, was auch in der Antwort der Verwaltung steht. Dies gilt es zu überprüfen. Allerdings sollten die Hebammen nicht in einem Wulst an Bürokratie untergehen wobei viele Ressourcen verschleudert werden, weil viele verschiedene Anträge an die Krankenkasse, die Stadt und was weiß ich noch wohin, zu stellen sind, das wäre kontraproduktiv. Wir stimmen der Verwaltung nicht zu, die Beratungsstunden auf die Hälfte der geforderten Stunden in unserem gemeinsamen Antrag zu reduzieren. Wir halten deshalb unseren Antrag aufrecht, mit vier Stunden pro Woche und Familie - also nicht genau pro Woche, weil es an Weihnachten und Ostern vielleicht nicht geht oder notwendig ist - aber im Wesentlichen wollen wir vier Stunden pro Woche.

Stadtrat Dr. Müller CDU): Es ist jetzt viel gesagt worden, und es ist zweifelsohne richtig, dass die Unterversorgung durch die Hebammen ein eklatantes Problem auch in unserer Stadt ist. Ich sehe eine große Chance darin, dass angedockt an die Familienzentren, wo gebündelt Hilfestellungen in verschiedenen Lebensbereichen stattfinden sollen, eben auch die Hebammen die jungen Familien vor und nach der Geburt zumindest mit guten Ratschlägen betreuen können. Denn es ist zum Teil schon eine Kunst, eine Hebamme vor und nach der Geburt nach Hause zu bekommen. Da kenne ich viele, die sich ihre Finger schon wund gewählt haben, um hier eine Betreuung zu erlangen. Ich sehe dies zumindest als einen Teil der Möglichkeit, diesem Problem etwas Abhilfe zu schaffen.

Stadtrat Cramer (KULT): Es ist ein großer interfraktioneller Antrag, und das zeigt, dass sich hier eine große Mehrheit im Haus für die Hebammen und für die Geburt begleitenden Maßnahmen mit Hebammen einsetzen. Wir haben im Antrag genau formuliert, was wir uns wünschen, und wie Frau Kollegin Anlauf schon erwähnt hat, will die Stadtverwaltung die Betreuung auf 14 Tage insgesamt umstellen. Wir sind aber trotzdem der Meinung und

bestehen darauf, dass der Antrag so abgestimmt wird, wie er hier auch gestellt wurde, also mit wöchentlichen Angeboten.

Der Vorsitzende: Ist das jetzt eine Wortmeldung oder nicht? Es wäre wirklich schön, wenn Sie sich am Anfang entscheiden, wer sich meldet, es ist sonst so ein Geplätscher. Ich weiß dann nie, ob wir die Rednerliste schließen oder nicht.

Stadträtin Moser (SPD): Meine Kollegin Frau Anlauf hat schon alle Vorteile einer Hebamme dargestellt, das möchte ich jetzt nicht wiederholen angesichts der Zeit. Aber ich möchte es auch unterstützen, dass die Verwaltung vielleicht den Betrag, der uns schon dargestellt wird, in die Veränderungsliste aufnimmt, und zwar nicht nur alle 14 Tage, sondern jede Woche diese vier Stunden aufnimmt, weil nur durch Beständigkeit, durch ein ständiges Angebot, werden diese Stunden auch angenommen werden. Deswegen möchte ich alle Kolleginnen und Kollegen bitten, dass der Antrag so angenommen wird, wie er von uns fraktionsübergreifend gestellt wurde. Ich freue mich, dass die CDU da mitmacht.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Ich möchte einfach den Antrag zur Abstimmung stellen.

Der Vorsitzende: Ja klar, ich bin nicht doof. Ich habe es jetzt verstanden, dass Sie mit unserer Antwort nicht zufrieden sind, sondern eigentlich das Doppelte möchten, und da wir Ihnen zugesagt haben, es in die Veränderungsliste zu nehmen, würden wir den doppelten Betrag zumindest für 2020 reinnehmen müssen, weil wir im Laufe des Jahres 2019 erst mal über das Konzept reden. Also müssen wir das tun, wir können ja nicht sagen, dass es fachlich sinnvoll ist, und wenn Sie dann das Doppelte wollen, sagen wir es ist fachlich nicht mehr sinnvoll. Wir machen ein Konzept, und wir müssen das aufnehmen und mit dem Haushalt wird es dann endgültig entschieden, denn die Veränderungsliste ist Teil dessen, was Sie verabschieden. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass mir dann zwei Dinge ganz wichtig wären. Das eine ist, diese vier Stunden, die in den Familienzentren laufen, werden als zusätzliche Beratung vermittelt und ersetzen nicht die Hebamme, um die sich jede Familie trotzdem kümmern sollte, auch wenn sie diese möglicherweise nicht findet. Sonst entsteht der Eindruck, wir bilden jetzt über Familienzentren ein wirklich massives Defizit ab. Das Zweite ist, man muss wirklich an die Bundespolitik appellieren, damit man das Thema Hebammen anders fördert und auch diese Versicherungsproblematik in den Griff bekommt. Wir können nicht auf Dauer über die Familienzentren, wo wir die wenigen Hebammen, die überhaupt noch zur Verfügung stehen, in Beratungen binden, dann auch noch dazu beitragen, dass noch weniger Familien am Ende eine Hebamme finden, die sie brauchen, und die brauchen sie mit Sicherheit intensiver als die vier Stunden, die wir für einen ganzen Stadtteil zur Verfügung stellen können. Das ist auch noch mal etwas, wo wir dafür sorgen sollten, dass dieses Thema damit nicht geklärt ist, sondern es ein ergänzendes Beratungsangebot ist, so habe ich es eben verstanden. Dann wären Sie so zufrieden? Alles klar, dann machen wir das so.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. November 2018